

S O D K – Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren

C D A S – Conférence des directrices et directeurs
cantonaux des affaires sociales

C D O S – Conferenza delle direttrici e dei direttori
cantionali delle opere sociali



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police

Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantionali di giustizia e polizia

An die Mitglieder der Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK
Sowie die Konferenz der Kantonalen Justiz- und
Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD

Bern, 25. März 2022

Reg: gsz 10.424

3. Newsletter Ukraine-Krise: Aktuelle Informationen an die Kantone

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Seit dem 11. März 2022 erhalten Schutzsuchende aus der Ukraine, die ihre Heimat wegen des Kriegs verlassen mussten, in der Schweiz den Schutzstatus S. Inzwischen hat das SEM (Stand Donnerstag) in den Bundesasylzentren rund 13'600 Personen aus der Ukraine registriert. Der Bund verfügt aktuell über gut 9300 Unterbringungsplätze in Bundesasylzentren und Unterkünften, die von der Armee zur Verfügung gestellt werden. Zurzeit sind knapp 3000 Plätze verfügbar. Der Bund sucht 3000 zusätzliche Plätze und ist froh um jede Meldung, auch aus den Kantonen – beispielsweise bezüglich verfügbarer Zivilschutzanlagen. Aktuell treffen täglich zwischen 500 und 1000 Personen aus der Ukraine in der Schweiz ein. Je nach Verlauf des Krieges in der Ukraine könnte sich diese Zahl jedoch in den nächsten Wochen deutlich erhöhen. Zudem rechnet das SEM in den Frühlings- und Sommermonaten auch mit einem Anstieg anderer Asylgesuche.

Unterbringungsplätze in den Kantonen

Nebst dem Bund nehmen auch die Kantone unaufhörlich neue Unterkünfte in Betrieb und schaffen Betten. Seitens Bund spürte die SODK einen grossen Druck, Zahlen zu den verfügbaren Betten zu liefern, um eine gewisse Sicherheit ausstrahlen zu können, dass die Kantone die Lage unter Kontrolle haben. Eine Umfrage unter den Asylkoordinatoren lieferte diese Woche eine Momentaufnahme, die unter Verweis auf die rasche Entwicklung der Kapazitäten am Point de Presse vom Donnerstagvormittag kommuniziert wurde: Die Kantone haben seit der Krise mindestens 7500 zusätzliche Plätze geschaffen, davon sind rund 5500 verfügbar.

Es ist damit zu rechnen, dass wir von nun an in regelmässigen Abständen bestimmte Zahlen aus den Kantonen erheben müssen – ähnlich wie die Anzahl verfügbarer Intensivbetten während der COVID-Pandemie. Dies ist notwendig, um gegenüber Bund und Öffentlichkeit klarzustellen, dass die Kantone die Situation unter Kontrolle haben. Welche Zahlen nützlich sind und mit vertretbarem Aufwand ermittelt werden können, klärt die SODK nun mit Asylkoordinatorinnen und Sozialamtsleitern ab.

Beitrag an die Unkosten der Gastfamilien

In den letzten Tagen sind vermehrt Sozialdienste aber auch Medienschaffende an die SODK sowie die SKOS gelangt mit der Frage, ob und in welchem Umfang die Gastfamilien zu entschädigen seien für ihre Unkosten und ob die Organisationen hierzu eine Empfehlung abgeben. Beiden Organisationen gehen grundsätzlich davon aus, dass es sich bei den privaten Unterkünften um ein freiwilliges zivilgesellschaftliches Engagement handelt und die Anbietenden keine eigentliche Miete verlangen sollten. Deshalb empfehlen SODK und SKOS in Absprache mit ihren Präsidien, den Gastfamilien einen pauschalen Beitrag an die Unkosten (Wohnnebenkosten) zu entrichten, die ihnen durch ihr Engagement entstehen. Die Empfehlungen nennen keinen Betrag, da die Kantone frei sein sollen, diese Pauschalentschädigung gemäss ihren Kriterien zu differenzieren, beispielsweise nach Anzahl der untergebrachten Personen. Der in der Globalpauschale vorgesehene Betrag (im Schweizer Durchschnitt knapp 220 Franken für eine Einzelperson) kann hierbei als Orientierungsgrösse dienen.

–

Generalsekretariat Secrétariat général Segreteria generale

Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern 031 320 29 99 office@sodk.ch www.sodk.ch

1/2

Einsetzung SONAS

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat diese Woche nach Rücksprache mit den Präsidien SODK und KKJPD erstmals den Sonderstab Asyl SONAS aktiviert. Er ist das politisch-strategische Führungsorgan des Bundes zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen im Asyl- und Zuwanderungsbereich. In diesem Gremium sollen alle relevanten Akteure und Akteurinnen aus Bund und Kantonen die Aktivitäten zur Bewältigung der Lage im Rahmen einer Gesamtstrategie koordinieren. Die Medienmitteilung zur Aktivierung des SONAS finden Sie hier: <https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/mm.msg-id-87693.html>.

Der SONAS hat am Donnerstag, 24. März 2022 erstmal getagt. Nebst den Bedürfnissen des Bundes nach neuen Kollektivstrukturen kam dabei auch die schwierige Personalsituation zur Sprache: Sowohl Bund als auch etliche Kantone müssen ihren Personaletat aufstocken, um die neuen Anlagen betreiben zu können. Das Bundesamt für Zivildienst (ZIVI) bot abermals seine Unterstützung an: Kantone, die Ressourcen benötigen, können entsprechende Begehren einreichen – entweder direkt beim ZIVI oder auch über die SODK. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitenden des ZIVI, des BABS sowie der SODK werden nächste Woche die Abläufe und Prozesse hierzu definieren.

Im SONAS wurde auch kurz die Sicherheitslage im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise diskutiert. Die zuständigen Behörden tauschten sich über aktuelle Beobachtungen und Problemsituationen aus. Sie stellen bisher keine markante Verschlechterung der allgemeinen Lage fest. Mit Blick insbesondere auf die erhöhten Risiken der Geflüchteten, Opfer von Straftaten zu werden, haben die Polizeikorps ihre Präsenz an neuralgischen Stellen erhöht. Ausserdem wurde die Sensibilisierung von Mitarbeitenden aller involvierten Stellen und den Geflüchteten verstärkt. Für die Aufrechterhaltung der Sicherheit ist die Sicherheitsprüfung der Schutzsuchenden unabdingbar. SEM, fedpol, die Grenzsicherheitsbehörden und die KKKPKS koordinieren sich, die notwendigen personellen Ressourcen dafür sicherzustellen.

Übernahme von Geflüchteten aus Moldawien

Staatssekretärin Schraner Burgener warf schliesslich im SONAS die Frage auf, ob die Kantone einverstanden seien, wenn die Schweiz im gesamteuropäischen Kontext 500 Schutzbedürftige aus der stark belasteten und finanziell schwachen Republik Moldau (Moldawien) aufnehme. Die beiden Konferenzen haben eine Kurzkonsultation in ihren Vorständen durchgeführt, die eine klare Zustimmung ergab.

Finanzielle Beteiligung des Bundes an Unterstützungsmassnahmen für Personen mit Status S

Das SEM leitet heute Freitag eine Konsultation für die finanzielle Beteiligung des Bundes für die Unterstützung von Schutzsuchenden beim Spracherwerb und bei den ersten Integrationsschritten in den Kantonen und Gemeinden ein. Er kommt damit einer Forderung aller zuständigen Direktorenkonferenzen nach. Die Konsultation erfolgt über den ordentlichen Weg (Staatskanzleien).

Wie bereits letzte Woche in Aussicht gestellt, werden die Generalsekretariate SODK und KKJPD die Mitglieder der Konferenzen während der nächsten Wochen regelmässig über die Entwicklung auf dem Laufenden halten. Wir sehen vor, jeweils freitags einen Newsletter mit den wichtigsten Informationen zu verschicken. Wir bitten Sie, uns zusätzlichen Informationsbedarf oder wichtige Beobachtungen oder Entwicklungen zu melden.

Die Bewältigung der aktuellen Krise ist nur in enger Zusammenarbeit aller Beteiligten möglich. Wir möchten Ihnen für Ihr grosses Engagement und Ihre Unterstützung herzlich danken.

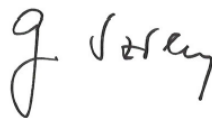
Freundliche Grüsse

Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren



Florian Düblin
Generalsekretär KKJPD

Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren



Gaby Szöllösy
Generalsekretärin SODK